


## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 06.01.2016

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:04 Uhr
<b>Ende:</b>	18:05 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiterin:</b>	Frau Rothe-Beinlich
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 18.11.2015	
4.1.	Vertagung aus der Sitzung SAG vom 02.12.2015 Einsatz von Zeitarbeit in kommunalen Unternehmen BE: Fragesteller Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE. hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, Leiter der Stadtkämmerei	<b>2379/15</b>

- 5. Informationen
- 5.1. Anhörung des Trägers der Sozialbetreuung in Einzelunterkünften der Landeshauptstadt Erfurt  
hinzugezogen: Vertreter des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e. V.
- 5.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur
- 5.3. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, wünschte allen Anwesenden ein gutes neues Jahr und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Es wurde vorgeschlagen, den TOP 5.1. *Anhörung des Trägers der Sozialbetreuung in Einzelunterkünften der Landeshauptstadt Erfurt* nach dem TOP 3. *Dringliche Angelegenheiten* zu behandeln. Hierzu gab es Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

### 3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

### 4. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 18.11.2015

- 4.1. **Vertagung aus der Sitzung SAG vom 02.12.2015** 2379/15  
**Einsatz von Zeitarbeit in kommunalen Unternehmen**  
**BE: Fragesteller Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.**  
**hinzugezogen: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt,**  
**Leiter der Stadtkämmerei**

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung seiner Anfrage. Er hatte weitere detaillierte Nachfragen zum Ausschreibungsverfahren, zu dessen Veröffentlichung und zur Forderung des Mindeststundensatzes für die Beschäftigten von derzeit 9,55 Euro.

Der zuständige Mitarbeiter des Beteiligungsmanagements erläuterte den aktuellen Stand des Ausschreibungsverfahrens der Rahmenverträge zum Einsatz von Leihpersonal in der SWE Bäder GmbH. Die Veröffentlichung der Ausschreibung im Amtsblatt der EU erfolgte am 02.12.2015 und auf der Internetseite der Stadtwerke Erfurt.

Zur Frage der Bezahlung der Beschäftigten nach "Equal Pay" ist eine Zuarbeit der Stadtwerke erforderlich, diese wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgelegt.

Zur Bezahlung der Beschäftigten nach "Equal Pay" wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:  1. Wie viele Stellen in den einzelnen Losen sind je Tätigkeitsbereich ausgeschrieben?  2. In welchem Verhältnis steht die Bezahlung von mindestens 9,55 Euro zu den derzeit bei den Stadtwerken gezahlten Löhnen der fest angestellten Mitarbeiter im Bereich der Badhelfer in Freibädern und Schwimmhallen?  Es wird um eine dementsprechende Gegenüberstellung zur adäquaten Bezahlung der Mitarbeiter in Zeitarbeitsfirmen und SWE Unternehmen für vergleichbare Tätigkeitsbereiche gebeten.	DS 0078/16
--	---------------

zur Kenntnis genommen

## 5. Informationen

### 5.1. Anhörung des Trägers der Sozialbetreuung in Einzelunterkünften der Landeshauptstadt Erfurt hinzugezogen: Vertreter des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e. V.

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 3. aufgerufen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte die Vertreterin der Regionalstelle Mittelthüringen des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e.V., Frau Kuchta. Ihr wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Sie bedankte sich für die Möglichkeit, über die Flüchtlingsbetreuung in Einzelunterkünften zu informieren und führte wie folgt aus:

- das Büro befindet sich in der Regierungsstraße 55, Migrationsberatung wird schon seit mehreren Jahren durchgeführt,
- Sozialbetreuung in Einzelunterkünften seit Juli 2014, aktuell sind zwischen 90 – 110 Personen in Betreuung,
- Erstkontakte erfolgen in den Wohnungen, aber auch schon in den Gemeinschaftsunterkünften; Mitarbeiter des Sozialamtes, der Caritas, Vermieter und möglichst Dolmetscher sind dabei anwesend,
- Wohnungen werden derzeit nur noch an Personen mit Bleibeaussichten vergeben,
- Information erfolgt über Hausordnung, Ruhezeiten, Mülltrennung usw.
- Wohnungseinrichtung erfolgt nach Treffen im Sozialamt; Unterstützung bei erforderlichen Anmeldungen und Modalitäten,
- individuelle Betreuung von Familien, Einzelpersonen, Wohngemeinschaften, insbesondere bei Schwierigkeiten und Problemen wie Kindergarten, Schule, Arztbesuchen,
- gute Zusammenarbeit mit anderen Diensten der Caritas wie z.B. Rückkehrberatung, Rechtsberatung, Schuldnerberatung, Schwangerschaftsberatung,
- gute Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und Kirchgemeinden,
- Probleme bei der dezentralen Unterbringung können nicht genannt werden, lediglich vereinzelt sind Fälle wegen Nichteinhaltung der Lautstärke aufgetreten.

Frau Kleimenhagen, sachkundige Bürgerin, hinterfragte die Hausbesuche, die durch das Sozialamt halbjährlich durchgeführt werden. Diese erfolgen ausschließlich nach Ankündigung und Zustimmung der Betroffenen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, zeigte sich sehr zufrieden mit der geleisteten Arbeit, auch für die Zeit, die sich die Vertreterin der Caritas für die Präsentation genommen hat. Das Material wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

*Anmerkung:*

*Die Präsentation der Vertreterin des Caritasverbandes für das Bistum Erfurt e. V. wurde als Dokument der Drucksache 2635/15 als Anlage beigefügt.*

**5.2. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, informierte wie folgt zur aktuellen Situation:

- bis 04.01.2016 gab es von Seiten des Landes keine Zuführung von Flüchtlingen aus der Erstaufnahme,
- bisher gab es 3 Familienzusammenführungen,
- aktuell sind 485 Flüchtlinge in Wohnungen (Einzelunterkünften) untergebracht,

- 1349 Flüchtlinge sind in 19 Gemeinschaftsunterkünften an 14 Standorten untergebracht,
- Anzahl UMA hat sich von 181 auf 166 reduziert – aufgrund Vollendung 18. Lebensjahr,
- Herkunft der Flüchtlinge überwiegend aus Syrien, Afghanistan und Eritrea

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, hinterfragte insbesondere die Dauer der Unterbringung in der Thüringenhalle, die als "schlechte Notunterkunft" eingestuft werden muss.

Frau Thierbach bestätigte die Situation, kann allerdings noch keinen Termin für den Freizug der Thüringenhalle nennen. Sie verwies auf die Abhängigkeit der baulichen Entwicklung der Unterkünfte für die Flüchtlinge. Gleichzeitig informierte sie über das Bestreben, Familien vorrangig in Einzelunterkünften unterzubringen.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion, verwies auf einen Artikel in der Thüringer Allgemeinen vom 23.12.2015 hinsichtlich der Verantwortung bei der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge.

In ihrer Beantwortung betonte Frau Thierbach, dass die Verantwortung beim Land Thüringen liegt. Sie erläuterte weiterhin Verträge zwischen dem Land und der Kassenärztlichen Vereinigung. Am 11.01.2016 wird zu diesem Thema ein Gespräch beim zuständigen Ministerium stattfinden, das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Weitere Regelungen und Vereinbarungen u.a. zwischen den niedergelassenen Ärzten und der Kassenärztlichen Vereinigung stehen am Beginn der Verhandlungen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hatte folgende Nachfragen:

- zur Gemeinschaftsunterkunft Linderbach (ehem. Baumarkt)  
Frau Thierbach bestätigte, dass diese als Notunterkunft vorbereitet wird, es erfolgen keine Umzüge aus der Thüringenhalle oder Sporthalle Albert-Einstein-Straße.
- Schulung von Pädagogen und Mitarbeitern in Kindertageseinrichtungen, wenn Kinder aus Flüchtlingsfamilien aufgenommen werden (5 %-Regelung für Betriebserlaubniserhöhung)  
Frau Thierbach verwies auf einen schwierigen Prozess. Wenn es Leistungsverträge / Betriebserlaubnisse für Kitas gibt, sind die Schulungsmaßnahmen enthalten.

### 5.3. Sonstige Informationen

Es gab keinen weiteren Informationsbedarf.

Die Ausschussvorsitzende beendete die öffentliche Sitzung und dankte den anwesenden Gästen.

gez. Rothe-Beinlich  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in